# DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 18.40 Uhr den Vorsitz.

1) Schutzwürdige Bauwerke und Flächen samt deren Gestaltung und Ausstattung – Kriterien für die Erstellung eines Katasters

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens von ÖVP, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Im Zuge von konkreten Bauverfahren, aber auch im Rahmen von vorgelagerten Bebauungsplanungen werden immer wieder zum Teil sehr heftige Diskussionen durch engagierte und/oder unmittelbar betroffene Bürgerinnen und Bürger geführt und darüber meist sogar ausführlich medial Bericht erstattet, wenn durch Baumaßnahmen schützenswerte oder vermeintlich schützenswerte Bauwerke abgetragen und/oder damit in Verbindung stehende Flächen samt deren Gestaltung und Ausstattung in Anspruch genommen werden.

Im Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008 sind Schutzbestimmungen für die Altstadt von Graz hinsichtlich Erscheinungsbild, Baustruktur und Bausubstanz auch im Zusammenhang mit der Erhaltung als UNESCO-Weltkulturerbe definiert und ein Schutzgebiet mit einer Zone 1, Kernzone, sowie mit den weiteren Zonen 2, 3, 4 und 5 ausgewiesen, öffentliche Flächen im Schutzgebiet sind in ihrer landschaftlichen und baulichen Charakteristik zu erhalten.

Im Denkmalschutzgesetz 2000 werden von Menschen geschaffene unbewegliche und bewegliche Gegenstände von geschichtlicher, künstlerischer oder sonstiger kultureller Bedeutung ("Denkmale") und Kulturgüter zur Gänze oder zum Teil unter Schutz gestellt, wenn ihre Erhaltung dieser Bedeutung wegen im öffentlichen Interesse gelegen ist.

Die vorgenannten Schutzgüter werden somit über Gesetze und nachfolgende Verordnungen eindeutig und klar erfasst und behandelt und in den anzuwendenden Verfahren auch entsprechend gewürdigt und beurteilt.

Angemerkt wird, dass nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz auch eine Evidenz des Baubestandes anzulegen und zu führen ist, im Zusammenhang mit dem UNESCO-Weltkulturerbe sind auch Entwicklungsleitlinien zu beschließen und zugänglich zu halten.

Nach dem Denkmalschutzgesetz geschützte Bauwerke sind im jeweiligen Flächenwidmungsplan der Stadt Graz schwarz eingetragen und wird die Erfassung bei jeder Hauptrevision adaptiert.

Darüber hinaus werden jedoch auch Bauwerke und/oder damit in Verbindung stehende Flächen samt deren Gestaltung und Ausstattung durchaus, zum Beispiel aus architekturhistorischer Sicht, wegen ihrer zeit- und kulturgeschichtlichen Bedeutung oder ihres Baualters, ebenso aus Gründen einer spezifischen stadttypischen Relevanz sowohl von der Bevölkerung als auch von Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Fachbereichen als schützens- und erhaltungswerte Substanz eingestuft und diese zum Teil auch begründbare Ansicht gegenüber Bauwerbern, Behörden und Verantwortungsträgern mitunter sehr engagiert geäußert und vertreten.

Es erscheint daher sinnvoll, die unterschiedlichsten Aspekte und Zugänge, Unterlagen, Quellen und Wissensstände (Topographien, Masterpläne, Welterbezonen, etc.) für eine Definition einer "Schutzwürdigkeit" in einem weiteren und über die bestehende Gesetzeslage hinausreichenden Sinn in für die interessierte Öffentlichkeit geeigneter Weise zusammenzuführen und die Baudirektion als federführende Stelle mit einer diesbezüglichen Überlegung, welche Möglichkeiten für einen diesbezüglichen Gesamtüberblick bestehen, zu beauftragen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

# dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge die Stadtbaudirektion als federführende Stelle beauftragen, die Möglichkeiten für die Definition von Kriterien zur Erstellung eines Katasters "schützenswerte Bau- und Flächensubstanz" im Sinne des Motivenberichtes unter Einbindung selbstverständlich unter anderem auch des Bundesdenkmalamtes, der Altstadtsachverständigenkommission und Interessensvertretungen auszuloten und darüber ehe baldigst sowohl dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung als auch dem Kulturausschuss, das ist mir nämlich sehr wichtig, weil dort auch sehr viel aus dem Bereich des Kulturamtes einfließen könnte, zu berichten. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Du wirst inzwischen auch unterstützt von der SPÖ, die gehen auch mit auf den Antrag, wir können damit direkt zur Diskussion des Antrages gehen und werden die Dringlichkeit somit nicht diskutieren, also bitte ich um Wortmeldungen zum Antrag.

GR. Mag. Mariacher: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Antragsteller! Dieser Antrag kommt genau gelegen, nicht nur in der aktuellen Situation, die wir in Graz erlebt haben mit dem Abriss durchaus interessanter und beliebter Bauobjekte, die es in Graz in den vergangenen Jahren gegeben hat. Auch die Situation, die heute schon angesprochen ist, mit dem Projekt Stuttgart 21 mit dem Abriss des dortigen Bahnhofes, Parks usw. sind Anlasspunkt, näher darüber nachzudenken. Mir missfällt auch die gesetzliche Regelung und das ist heute auch zur

Sprache gekommen, dass man eigentlich die Bauobjekte in Graz, einer Stadt mit 250.000 Einwohnern, im Grunde nur einteilt in jene Bauobjekte, die in der Altstadt in geschützte Zone hineinfällt und jene in der Neustadt sozusagen von Graz. Hier ist ein Vakuum, ein gesetzliches Vakuum, das zwar traditionell, ich sage einmal unter anderem auch die für die Identität der Graz zwar wichtigen, aber für Tourismus genützten Flächen zwar unter Schutz stellt, aber keine irgendwie gearteten Maßnahmen gegeben sind, um die Architektur der Jahrzehnte und de facto Jahrhunderte, die außerhalb der Altstadt gelegen sind, unter Schutz stellt. Das bedeutet, dass wenn wir jetzt nicht eingreifen, wenn wir jetzt nicht bald handeln, dass Bauobjekte, die für Graz durchaus prägend sind, sukzessive abgerissen werden, dass Bauobjekte die ganze Jahrzehnte auch Graz geprägt haben, bald verschwinden werden aus ökonomischen Perspektiven heraus. Ich unterstütze daher im Rahmen unserer Fraktion, des BZÖ, diesen Antrag und möchte aber folgende Ergänzung als Zusatzantrag mit reinnehmen, dass man nicht nur einen Kataster erstellt und im Sinne des Motivenberichtes entsprechend auslotet, ob schutzwerte Bau- und Flächensubstanz vorhanden sind, sondern bereits mit der Erstellung des Katasters auf Vorschläge zum rechtlichen Schutz dieser Bauobjekte unterbreitet werden sollen. Es hilft uns alleine der Kataster zuwenig, er ist wichtig, es ist vom Ansatz her der richtige Weg, aber wir müssen wissen, wie wir diesen Kataster, diese Objekte, die sich in dem Kataster dann wiederfinden, auch entsprechend schützen können. Daher für das Protokoll in der vierten Zeile nach ausloten "dazu Vorschläge zum rechtlichen Schutz dieser Bandbreite zu unterbreiten" und dann geht der Satz weiter und "darüber ehebaldigst dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung als auch dem Kulturausschuss zu berichten". Bitte um entsprechende Aufnahme dieses Zusatzantrages und danke dem Antragsteller für diesen wichtigen Ansatz. Danke (Applaus BZÖ).

GRin. Krampl: Frau Vizebürgermeisterin, lieber Georg! Wie wichtig uns dieses Anliegen ist, hast du sicher daran gemerkt, dass wir sogar mit auf diesen Antrag gegangen sind. Die Sorgen, die Kollege Mariacher jetzt geäußert hat, sind natürlich auch unsere, wie du als Vorsitzender der Berufungskommission sicher weißt, herrscht in Österreich das Prinzip der Baufreiheit, also ein Bauwerber hat einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Baubewilligung, sofern er die anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen einhält. Mit anderen Worten bedürfen Einschränkungen dieser Baufreiheit einer gesetzlichen Grundlage, die ich leider in diesem Kataster per se nicht entdecke, also ich hoffe, dass du das natürlich auch mit dem Bürgermeister als Ressortverantwortlicher, sage ich einmal, akkordiert hast und dass ihm quasi Möglichkeiten einfallen, diese an sich gute Sache wirklich auf eine rechtliche Grundlage zu bringen, dass es Hand und Fuß hat, was wir hier machen. Also man kann sich der Intention sicher nicht verschließen, aber wir sollten uns dessen bewusst sein, dass dieser Kataster wirklich nur ein erster Schritt sein kann und noch lange nicht das Ziel erreicht ist, wirklich schutzwürdige Bauwerke in unserem Sinne zu schützen und zu erhalten. Danke (Applaus SPÖ).

GR. Ing. Lohr: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Georg Topf! Ist ein guter Antrag, die Vorredner haben es schon gesagt, es gibt sehr viel schützenswerte und denkmalgeschützte Gebäude, es ist auch schon andiskutiert worden, wie wir mit diesen umgehen, das heißt, Ja zum Inhalt auch von der FPÖ. Ein kleiner Seitenhieb sei mir erlaubt, der Herr Bürgermeister Nagl ist nicht hier, aber er gehört auch der ÖVP-Fraktion an, und in der Vergangenheit hat man vom Herrn Bürgermeister halt sehr wenig gehört, wenn es um schützenswerte Bauwerke gegangen ist. Ich erwähnen hier nur in Geidorf, wenn es in der Muchargasse oder in der Rosenberggasse wieder zu Bauten in Villenvierteln kommt, die überhaupt nicht hinpassen oder zu anderen Abbrüchen, mit denen wir ja immer im Bauausschuss oder in der Berufungskommission beschäftigt sind, da hat man vom

Herrn Bürgermeister sehr wenig gehört. Er wird hoffentlich auf deinen Antrag hin jetzt etwas mehr Gehör uns geben und zuhören und in diesem Sinne unterstützen auch wir den vorliegenden Antrag (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Ein paar ganz kurze Anmerkungen zu den Vorrednern. Selbstverständlich war mir klar, und das ist ja auch ausgesprochen worden, dass die rechtliche Umsetzung, die Rechtsverbindlichkeit auch auszuloten wäre, denn es hat ja keinen Sinn, einen Kataster zu erstellen, der dann keine Wirksamkeit hat. Mir ist es nur sehr wichtig gewesen, dass man schon im Vorfeld einerseits den Bauwerber, den Konsenswerber aufmerksam macht, da ist ein Gebäude, das aus bestimmten Gründen für uns schützenswert, und ich benutze bewusst das Wort schützenswert und nicht schutzwürdig, weil das ist ein Terminus technicus der im Grazer Altstadterhaltungsgesetz genau definiert wird, also schützenswerte Bereiche gibt, die wir vorher dem Bauträger, aber auch auf der anderen Seite engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen klar machen, das Gebäude ist aus diesen und jenen Gründen zum Beispiel nicht schützenswert, genau darum geht es, dass wir im Vorfeld diese Diskussionen, die wir alle erlebt haben, ich kann durchaus den Kastellhof hier noch einmal nennen, dass wir uns das in Zukunft "ersparen", darf ich das unter Anführungszeichen sagen, damit also klar für beide Seiten die Vorgangsweise der Stadt Graz in dieser oft sehr heiklen Situation klar festgelegt ist. Ich glaube, dass man auch die rechtlichen Seiten noch ausloten könnte, dieser Zusatz ist durchaus gerechtfertig. Danke für die breite Zustimmung (Applaus ÖVP).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde einstimmig angenommen.

#### 2) Unterstützung und Informationsoffensive für das Ehrenamt

GRin. Haas-Wippel stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Haas-Wippel: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Ehrenamt wird definiert, dass es sich dabei um Aktivitäten oder Arbeiten handelt, die von einem Menschen aus freiem Willen zu Gunsten anderer Menschen – außerhalb der unmittelbaren Familie – ohne Bezahlung ausgeführt werden. Es stellt einen sinnstiftenden und ganz wesentlichen Beitrag zum Allgemeinwohl unserer Gesellschaft dar. Man denke an das ehrenamtliche Engagement in verschiedenen Vereinen und Einrichtungen, wie zum Beispiel die Freiwillige Feuerwehr, das Rote Kreuz, Besuchsdienste, Hospizvereine etc.

Sowohl eine offen angesprochene Verpflichtung von zukünftigen BezieherInnen der Mindestsicherung zu ehrenamtlicher Tätigkeit als auch ein unterschwelliges "Angebot" einer Kommune, sich ehrenamtlich betätigen zu müssen, ist ein Rückfall in das 19. Jahrhundert und ist in dieser Intention abzulehnen.

Das Ehrenamt hat sich Respekt und ernsthafte Auseinandersetzung verdient.

Es soll eine Win-win-Situation für alle Beteiligten sein – für die, die Hilfestellungen geben, und für jene, die sie auch in Anspruch nehmen.

Ehrenamtliche Tätigkeit sollte daher möglichst vielen Grazerinnen und Grazern zugänglich gemacht werden. Oft mangelt es an Informationen, welche ehrenamtlichen Tätigkeiten bei welchen gemeinnützigen Organisationen übernommen werden können. Und oft mangelt es an den Kapazitäten der gemeinnützigen Organisationen, ehrenamtliche MitarbeiterInnen auszubilden und zu betreuen.

Im dringlichen Antrag von Gemeinderat Kurt Hohensinner im April dieses Jahres wurde bereits die Einsetzung einer Projektgruppe gefordert, um Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung von Freiwilligen zu erarbeiten.

Um dies zu konkretisieren und nachdem in verschiedenen Ressorts der Stadt Graz ehrenamtliche Arbeit eine große Rolle spielt, sollte die Stadt Graz sich also der

Aufgabe widmen, Informationen zu ehrenamtlichen Tätigkeiten ressortübergreifend zu bündeln und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen. Ebenso sollten Überlegungen angestellt werden, wie Vereine, Einrichtungen und Organisationen, die ihre gemeinnützige Arbeit nur durch den Einsatz von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen leisten können, bestmöglich in der Ausbildung und Betreuung dieser unterstützt werden können.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

# dringlichen Antrag:

- Alle Mitglieder der Stadtregierung sind aufgefordert, unter Koordination des Bürgermeisters für ihre jeweiligen Ressorts
  - a. eine Bestandsaufnahme durchführen zu lassen, in welchen Bereichen bereits jetzt Ehrenamtliche tätig sind und darauf aufbauend
  - b. eine Analyse durchführen zu lassen, in welchen Bereichen unter welchen Voraussetzungen zusätzlich auf unterstützende Tätigkeiten durch Ehrenamtliche zurückgegriffen werden könnte.
- 2. Auf Basis dieser Analyse ist vom Bürgermeister eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung von Sozialstadträtin Dr. in Martina Schröck einzusetzen, der jene Mitglieder der Stadtregierung anzugehören haben, in deren Ressorts Ehrenamtliche tätig sind beziehungsweise vermehrt zum Einsatz kommen sollen, um in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen
  - a. ein entsprechendes Konzept zur Unterstützung der Bildungs- und Ausbildungsarbeit für Ehrenamtliche zu entwickeln und
  - b. ein Konzept für eine Informationsoffensive "Ehrenamt" zu entwickeln, mit dem die Grazerinnen und Grazer auf die Bedeutung der Arbeit von Ehrenamtlichen hingewiesen werden können und der Zugang zu den jeweiligen Organisationen erleichtert wird.

3. Ein entsprechender Informationsbericht ist dem Gemeinderat bis Juni 2011 vorzulegen.

Ich ersuche um Zustimmung (Applaus SPÖ).

GR. Hohensinner zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Zuseher von der Galerie! Wenn es um das Thema Ehrenamt geht, bin ich immer mit dabei und ich bin wirklich sehr froh, wenn dieses Thema hier im Gemeinderat aufkommt. Warum? Ich möchte ganz kurz einige Zahlen nennen, die, glaube ich, sehr beeindrucken und anhand dieser Zahlen kann man darstellen, wie viel hier für die Gesellschaft geleistet wird. Und zwar müssen Sie sich vorstellen, die Statistik Austria sagt, dass allein in Graz pro Woche die ehrenamtlichen Menschen 400.000 Ehrenamtsstunden zusammenbringen, 400.000 Ehrenamtsstunden. Das wären im Jahr 20.800.000 Stunden. Wenn wir jetzt jede dieser Ehrenamtsstunden mit 20 Euro multiplizieren, kommen wir auf eine Summe von 416 Millionen Euro, was zirka die Hälfte unseres Jahresbudgets entspricht. Also das ist wirklich eine Leistung dieser Menschen, die Stadt Graz wäre sehr viel ärmer, wenn wir diese Menschen nicht hätten tagtäglich im Einsatz. Aber warum können wir jetzt dem heutigen Antrag die Dringlichkeit nicht geben? Das hat zwei Gründe, die Frau Gemeinderätin führt an drei Punkte, die sie fordert: einmal, dass alle Magistratsabteilungen durchforstet werden sollen, welche Ehrenamtliche es bereits gibt und wie diese unterstützt werden können. Ich meine, ich habe ein bisschen ein Dejavu gehabt, weil in der letzten Gemeinderatssitzung hat genau das auch Thomas Rajakovics angeboten und wir haben das auch mehrheitlich dann abgestimmt. Thomas Rajakovics hat das auch im Zusammenhang mit der Mindestsicherung genannt, dass man das Angebot, also keine Verpflichtung, sondern das Angebot macht. Punkt zwei, dass man eine Arbeitsgruppe einrichtet, wo man verbesserte Rahmenbedingungen erarbeitet, die Frau Stadträtin Schröck war damals noch nicht dabei. Wir haben im April einen dringlichen Antrag beschlossen, wo wir gesagt haben, wir wollen einen Arbeitskreis und auch das nächste Jahr zum Jahr der Freiwilligkeit erklären, das haben wir gemacht, dieser Arbeitskreis hat schon fünfmal getagt, hat eine großartige Arbeit geleistet, ich habe da das Konzept mit, es heißt Steiermark/Graz entwickelt Ehrenamt. Ich kann Ihnen nur sagen, es sind alle Vereine dabei, auch Mitarbeiter der Stadt Graz, der Herr Dr. Gerd Hartinger zum Beispiel und auch die Volkshilfe, die Monika Tatzl, und Inhalte, wir hätten schon im November einen Aktionstag zu machen, wo man eben Perspektivengruppen einsetzen und diese Gruppe wird dann einen Vorschlag machen für das Jahr der Freiwilligkeit und ich glaube, es wäre sinnvoll, wenn die Frau Stadträtin einfach das Rathaus, wie im letzten Monat beschlossen, durchforstet, schaut, wo gibt es schon Ehrenamtliche, die mitarbeiten und wie kann man die Rahmenbedingungen verbessern beziehungsweise wo kann man noch Möglichkeiten finden, wo zusätzliche Ehrenamtliche in unserer Stadt Graz sich verwirklichen können. Also aus diesen Gründen, die ich jetzt genannt habe, können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Schröck: Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Frau Gemeinderätin! ich kann mich den Worten von Kurt Hohensinner hier anschließen: zum Inhalt Ja, aber zwei Bemerkungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, die Sie in diesem Antrag auch angesprochen haben. Es gab vor zwei Jahren meines Wissens einen Beschluss im steirischen Landtag mit der Aufforderung, dass der damals zuständige Referent, war, glaube ich, der Landeshauptmann selbst, eine pauschale Haft- und Unfallversicherung für im Sozialdienst tätige Ehrenamtliche einführen sollte und ich glaube auch, dass die Stadträtin Dr. Schröck in diesem Sozialausschuss auch tätig war. Meines Wissens Unterausschuss tätig war, es ist nur bis dato leider nichts passiert und Sie wollen auch in Ihrem Antrag eine Informationsoffensive in diesem Bereich starten, das klingt auch sehr gut und sehr schön, aber Altstadträtin Edlinger hat mit der Frau Brunnsteiner, bekannt aus Rundfunk und Fernsehen, eine ähnliche Aktion bereits gestartet, auch hier im Gemeinderat vorgestellt, das ist, glaube ich, die

149

Initiative "Wir für uns". Deswegen sehe ich jetzt diese Dringlichkeit in Ihrem Antrag auch nicht gegeben, vor allem, weil ich finde, dass es nicht gut ist, in diesem Bereich auch weitere Parallelstrukturen aufzubauen. Deshalb inhaltlich Ja, Dringlichkeit leider Nein. Danke (*Applaus BZÖ*).

GRin. Haas-Wippel: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas verwundert und zwar in der Argumentation, die sich gegen die Dringlichkeit richtet. Es sind nämlich Teilbereiche, die ich in meinem Dringlichen angesprochen habe, bereits in anderen dringlichen Anträgen drinnen, aber nicht so konkret und nicht so entsprechend ausführlich. Also, damals war es dringlich, heute ist es nicht dringlich, das ist ein Widerspruch.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Weil es schon in einer Gruppe bearbeitet wird.

GRin. Haas-Wippel: Die eine Gruppe, das ist ein Aspekt. Ich habe drei Punkte angesprochen in meinem Dringlichen, ich hoffe oder ich nehme an, dass du das genau gelesen hast, ich habe auch Bezug genommen auf deine Projektgruppe, die du im April in deinem dringlichen Antrag, lieber Kurt, angeführt hast, aber ich möchte das auf eine breite Basis stellen. Uns geht es darum, dass wir ähnlich wie die Ehrenamtsbörse in Wien erstens einmal das Ehrenamt unterstützen, dass das gesehen wird als Win-win-Situation für beide Teile, weil eines ist klar, wenn jemand eine sinnstiftende Tätigkeit ausübt, ist das absolut eine Voraussetzung für ein erfülltes Leben und es gibt auch Studien, die sagen, wenn Menschen sich

ehrenamtlich engagieren, haben sie auch nicht nur eine höhere Lebenserwartung, sondern sie leben auch gesünder. Also, dass man das immer aufzeigt, also Stoßrichtung Ehrenamt unterstützen, und was wir nicht wollen ist, dass es eine Koppelung gibt zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit und bedarfsorientierter Mindestsicherung. Das wollen wir nicht. Weil wir möchten nicht gewisse Dinge, die gesetzlich geregelt sind, wie eben die bedarfsorientierte Mindestsicherung, vermischen mit dem Ehrenamt. Es sollte eine Unterstützung und eine Infoplattform sein, damit Menschen, die sich überlegen, ehrenamtlich zu arbeiten, einen Ansprechpartner haben und auch eine entsprechende Palette an Angeboten offeriert bekommen, das wäre unsere Intention und ich ersuche noch einmal um Zustimmung (Applaus SPÖ).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Aufnahme des Kapitels "Armut und im Besonderen die Kinder- und Jugendarmut" in den Familienbericht 1999 bis 2009

GRin. Mag. <sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kollegen! Die Armut wird immer größer. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen nimmt seit Jahren in Graz zu. 13 % der Grazer Bevölkerung, also 33.356 GrazerInnen,

sind laut Definition armutsgefährdet. 7% der Grazer Wohnbevölkerung, das sind zirka 18.000 Personen, leben in manifester Armut.

Besonders betroffen von der Armut sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Zudem nimmt die Armut bei Kindern und Jugendlichen stetig zu.

Umso verwunderlicher ist es, ich weiß nicht, interessiert hier irgendjemanden überhaupt der Antrag? (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Umso verwunderlicher ist es, dass der Familienbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, der für die Periode 1999 bis 2009 erschienen ist, das Thema Armut und insbesondere den Bereich der Kinder- und Jugendlichenarmut nicht in einem eigenen Kapitel behandelt hat.

Dies ist von einschneidender Bedeutung, denn genau in diesem Kapitel "Armut" sollten auch Empfehlungen abgegeben werden, wie Armut und im Speziellen die Kinder- und Jugendlichenarmut zu vermeiden ist.

Ebenfalls erhoben werden sollten unter diesen Kapiteln des Familienberichtes Lohnniveau und Bildungsniveau in Zusammenhang mit Armut, die Benachteiligung von AlleinerzieherInnen, die Kinder- und Jugendlichenarmut usw.

Unter den in Graz lebenden armutsgefährdeten Personen befinden sich viele Kinder, Jugendliche und AlleinerzieherInnen. Gerade für Graz als die zweitgrößte Stadt Österreichs ist es wichtig (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), Basiserhebungen und Empfehlungen auf dem Niveau von Gesamtösterreich zu haben, um diese auf Graz herunterbrechen zu können und somit geeignete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung initiieren zu können.

Es ist daher notwendig, den Familienbericht um das Kapitel Armut und hierbei im Besonderen die Kinder- und Jugendlichenarmut zu ergänzen.

Als Anhaltspunkt hierfür kann "Armut in Graz – Erster Armutsbericht der Stadt Graz", eine Studie von Silvia Paierl und Peter Stoppacher im Auftrag des Sozialamtes – initiiert von Stadträtin Elke Edlinger – vom Juni 2010 dienen.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

# dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichtes in Rahmen einer Petition an die Bundesregierung herantreten und diese ersuchen, in den Familienbericht 1999 bis 2009 das Kapitel zum Thema Armut und im Besonderen die Kinder- und Jugendlichenarmut aufzunehmen. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger** zur Dringlichkeit: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Gäste! Die ÖVP-Fraktion wird selbstverständlich der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages zustimmen. Ich bin Frau Kollegin Sprachmann sehr dankbar, dass sie das Thema aufgegriffen hat, hatte erst vorige Woche Gelegenheit, mit dem Dr. Filar zu sprechen, der hauptverantwortlich ist für den aktuellen Familienbericht, der mir mitgeteilt hat, dass das Kapitel Armut ursprünglich vorgesehen war, aber aufgrund einer schweren Erkrankung eines leitenden Mitarbeiters und unzureichender Materialien dieses Kapitel nicht aufgenommen wurde. Auch wir sind sehr dafür, dass es nachgereicht wird. Armut kommt natürlich jetzt im Familienbericht auch schon vor in einigen Kapiteln, vor allem, wo es darum geht um die Verteilungswirksamkeit der Familienbeihilfen, das heißt, die Familienpolitik hat hier schon viele Hausaufgaben erledigt. Dank Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld usw. sind viele Familien von Armut verschont, aber es ist ein Wunder in einem der reichsten Lände, dass es nach

wie vor viele Familien gibt, die unter der Armutsgrenze leben, insbesondere Alleinerzieherfamilien und Familien, die von einem Einkommen leben, das heißt, auch kinderreiche Alleinverdienerfamilien. Es stimmt nachdenklich, dass wohl das Familienressort hier einiges erreicht hat, die Sozialpolitik aber auf allen Ebenen wohl versagt hat. In welcher Hand politisch die Sozialpolitik auf allen Ebenen ist, wissen wir, es ist traurig, dass Armutsprävention noch immer ein Stiefkind der Sozialpolitik ist, ich habe erst vor einem Jahr die damalige Stadträtin Edlinger auch gefragt, was sie gedenkt zu tun im Rahmen des heurigen europäischen Jahres zur Armutsbekämpfung und zur sozialen Inklusion. Die Antwort war nicht zufriedenstellend, ich hoffe, dass die neue Stadträtin auch hier proaktiv mit uns arbeitet daran, dass in einem der reichsten Länder alle Menschen ein gutes Leben haben, die Existenz gesichert ist und ich hoffe, dass der Armutsbestandteil, dieses Kapitel auch bald nachgereicht wird, das heißt, Zustimmung, was Dringlichkeit und Inhalt betrifft und danke an Kollegin Sprachmann (*Applaus ÖVP*).

#### Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Schröck** zum Antrag: Danke einmal, dass Sie der Dringlichkeit zugestimmt haben. Ich möchte eine Frage in den Raum werfen, was ist Armut und wer ist arm? Wenn ich Sie das jetzt frage, kriege ich wahrscheinlich 56 verschiedene Antworten, man kann Armut ganz einfach nicht klar und einfach definieren. Weil Armut ist keine statistische Größe und hinter jedem statistischem Messmittel steckt schon eine gewisse Wertehaltung. Grundsätzlich kann man unterscheiden zwischen absoluter und relativer Armut, von absoluter Armut spricht man dann, wenn Menschen das nicht haben, was sie jeden Tag zum Überleben brauchen, nämlich Essen, Wasser, ein Obdach, ein beheiztes Obdach und Schutz vor Krankheiten. Von relativer Armut spricht man dann, wenn Menschen unter dem im Land geltenden

Existenzminimum leben. Warum erzähle ich Ihnen das? Ich erzähle Ihnen das, damit klar wird, es gibt kein eindeutiges Bild von Armut, Armut ist komplex, Armut hat viele Gesichter und Armut ist etwas, was unattraktiv ist und das unbequem ist, und den Eindruck gewinne ich, wenn ich mir den Familienbericht anschaue, dass sich die Staatssekretärin Marek sehr elegant um dieses unbequeme politische Thema herumgeschlichen hat. Tatsache ist es, dass wir Daten brauchen, um die Armut zu bekämpfen. Wir brauchen Informationen, damit wir die richtigen Maßnahmen setzen, damit so wenig Menschen wie möglich in einem, wie die Gemeinderätin Potzinger sagt, so reichen Land, damit wir das verhindern können, dass Menschen arm sind. Das Sozialamt der Stadt Graz hat in der letzten Zeit nicht die Augen zugemacht, sondern wir haben oder das Sozialamt, ich war ja damals noch nicht zuständig, hat Daten erhoben für Graz und die finden sich in diesem Armutsbericht in Kooperation mit dem Institut Ifa, ich möchte mich an dieser Stelle wirklich sehr herzlich dafür bedanken, das ist ein sehr großartiges Werk für mich als Sozialpolitikerin und ist eine wichtige Basis. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn wir nicht darauf angewiesen sind, eigene Daten zu erheben, sondern es wäre natürlich zielführender, wenn wir Daten von zentraler Stelle bekommen, wenn ohnedies auf Bundesebene ein entsprechender Familienbericht vorbereitet wird und darum möchte ich an dieser Stelle wirklich noch einmal die Staatssekretärin Marek einladen, dass sie sich unseren tollen Armutsbericht anschaut und dass sich das künftig auch im Familienbericht des Bundes widerspiegelt. Danke (Applaus SPÖ).

StRin. **Kahr**: Ich habe eigentlich gar nicht vorgehabt, mich zu melden, aber nur der erste Satz hat mich jetzt doch schockiert, nein schockiert, mich schockiert nicht so leicht was, aber zu dieser Anmerkung irgendwie bewogen, was den Schluss betrifft und auch überhaupt den Antrag, den kann ich vollkommen unterstützen, das ist gar keine Frage, es ist auch notwendig, auch Dinge zu verschriftlichen, wenn man das so sagt. Wissen Sie, das Wort Armutsbericht, wir haben jetzt auch die Armut ja und es ist

so viel geredet worden in den letzten Wochen und Monaten im Radio, Fernsehen, Zeitungen. Ich denke dann nur immer sehr viel nach, weil ich mir denke, man kann sehr viel schreiben, aber ändern kann man nur etwas, wenn man versucht, in der Politik konkret mehrheitlich etwas zu beschließen, dass es sich ändert und es ist egal, ob das im Bund, im Land oder in der Kommune ist. Ich bin durchaus nicht immer mit allem, was hier so gesagt wird, einverstanden, aber man kann nicht sagen, dass es 56 verschiedene Meinungen zum Thema geben kann, aus meiner Sicht kann es eigentlich nur eine geben. Für mich traue ich mich zu behaupten, dass auch, ohne einen Armutsbericht zu lesen, ich weiß, von was hier gesprochen wird, ich gehe seit fünf Jahren jede Woche in den Vinzi-Markt, ins Marienstüberl, halte dort meine Sozialberatungen ab, auch ohne Medienwirksamkeit. Wir haben jetzt vor kurzem die 10.000 Beratungsstunden offiziell gehabt und da ist niemand dabei, der mehr als tausend Euro verdient. Das wollte ich eigentlich nur anmerken, damit Sie vielleicht ein bisschen ein Bild auch kriegen von Ihren Kolleginnen und Kollegen (*Applaus KPÖ*).

GR. Baumann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde wieder zum Antrag reden und nicht zu der Regierungsdiskussion da vorher. Danke Karin für die Einbringung des Antrages. Wie wir vorher schon besprochen haben, ist es ein von der Intention her ein Antrag, den die Grünen im Nationalrat genauso eingebracht haben und es freut uns sehr, weil wir heute auch schon zwei Anträge, zwei dringliche Anträge in den Gemeinderat einbringen, dass du sozusagen für uns, für die gemeinsame Sache in die Bresche gesprungen bist, nämlich Familienarmut oder Kinderarmut, Jugendarmut in einem so bedeutenden Werk wie dem Familienbericht, dass der nicht vergessen wird. Zur Auseinandersetzung mit Familie gehört auch die Auseinandersetzung mit Armut, mit Armut von Kindern und Jugendlichen und das ist ganz was Entscheidendes und wir unterstützen diese Petition, das fällt uns auch sehr leicht, weil ja unsere KollegInnen im Nationalrat das ja auch schon getan haben und ich hoffe, dass in der Auseinandersetzung mit Familie, mit Beschreibung von Familien, dieser Bereich,

Sitzung des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

156

neben der Vielfältigkeit von Familie auch dieser Bereich der Armut ein ständiger

Begleiter ist in der Auseinandersetzung. Dankeschön (Applaus Grüne).

GRin. Schloffer: Was kann noch zur Armut führen und ich weiß nicht, ob da unsere

Sozialstadträtin was dafür kann? Frau Kollegin Potzinger, Sie sagten, siebentreichste

Land sind wir, ich möchte bei der Arbeit ansetzen. Da kann die Frau Schröck nichts

dafür. Wenn die Leute einen ordentlichen Job haben, ordentlich entlohnt werden, die

VerkäuferInnen, dann sind sie nicht unter der Armutsgrenze, wenn sie für ihre

prekäre Leistung ein dementsprechendes Entgelt bekommen. Es gibt

Arbeitssituationen, manche laufen drei Jobs nach, damit sie zu einem halbwegsen

Entgelt kommen, nicht einmal davon können sie gescheit leben, also man muss bei

der Wirtschaft ein bisschen ansetzen, denke ich mir, die Unternehmen müssen die

Arbeit besser bezahlen, die die Leute dafür bringen (Applaus KPÖ).

Zwischenruf GR. Neumann: Puh, das ist eine Frechheit.

GRin. Schloffer: Und dann haben wir nicht soviel Sozialhilfeempfänger und wenn man

die Leute im Krankenstand kündigt, die ist dann zuhause sind und kein fixes

Einkommen haben und eine Familie zu ernähren haben, dann kommt das wieder im

Arbeitsbericht für die Kinder. Das widerspiegelt sich ja alles im Gesellschaftsleben.

Die Wirtschaft muss ihre Leute ordentlich zahlen, für das was sie in die Arbeit gehen,

dann schaut die Sache schon ein bisschen anders aus. Aber die Frau Sozialstadträtin

Schröck kann nichts dafür, wenn die Wirtschaft nicht mehr zahlt. Danke (Applaus

KPÖ).

Sitzung des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

157

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. Sprachmann: Ich bedanke mich bereits im Vorfeld auch für die

Unterstützung, die ich wahrscheinlich von den meisten hier im Raum erhalten werde.

Einen ganz, ganz großen Dank, es hat jetzt einige Emotionen gegeben gegenüber

unserer Frau Stadträtin. Auf der einen Seite gegenüber Sissi Potzinger, ich muss aber

vielleicht dazu schon anmerken auch, die Sissi Potzinger hat doch als Vorsitzende vom

Familienverband zu diesem Antrag auch einige Anregungen gebracht und wir haben

früher nämlich bereits kommuniziert und dafür bedanke ich mich auch und ich

glaube, die ÖVP springt da schon auch über ihren eigenen Schatten, aber das ist auch

der Sissi Potzinger zu verdanken.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Du siehst Gespenster, da gibt es keinen

Schatten.

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. Sprachmann: Auf alle Fälle danke für die Unterstützung, und wenn

der Antrag so angenommen wird, dann ist das auch ein großes Erfolgserlebnis für

mich einmal in diesem Raum. Danke (Applaus SPÖ).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsch übernimmt um 19.25 Uhr den Vorsitz.

#### 4) Abschaffung des Proporzsystems in der Stadt Graz

GRin. Jahn stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Jahn: In unserem dringlichen Antrag geht es um das Thema des Proporzes, ist ein Antrag, der auch in einer ähnlichen Variante bereits in der letzten Periode hier herinnen Thema war. 2004 damals ist derselbe Antrag, über den wir vorher schon bei der Verkleinerung von Gemeinderat und Stadtsenat geredet haben, war damals vom Kollegen Korschelt. Auch wir bringen diesen Antrag heute ein, gerade im Zuge der Beschlussfassung zur Verkleinerung von Gemeinderat und Stadtsenat sehen wir eine sehr große Notwendigkeit, auch über den Proporz wieder zu diskutieren. Wenn man bedenkt, dass in Zukunft die Stadtregierung aus sieben Personen bestehen wird, ist uns, glaube ich, allen bewusst, dass es extrem wichtig ist, dass diese sieben Personen gut und auf Augenhöhe miteinander zusammenarbeiten und das auch nur jene Fraktionen in der Stadtregierung sein sollten, die auch wirklich Regierungsabkommen untereinander eingehen. Jetzt haben wir ein Proporzsystem, wogegen es eigentlich sehr, sehr viele Argumente gibt. Im Proporzsystem muss sich die Regierung auf, wie wir wissen, kein gemeinsames Programm einigen, da ja jede Partei automatisch, wenn sie ein gewisses Forum erreicht hat, in der Regierung sitzt. Das führt dann oft dazu, dass es mehr oder weniger fixe Arbeitsübereinkommen gibt. Wenn sie weniger fix sind, ist es häufig so, dass eben damit eine Mehrheit zustande kommt auf Stadtregierungs- beziehungsweise auch auf Gemeinderatsebene, dass es dann zu sogenannten Abtauschgeschäften kommt, wo eben eine Fraktion ein Projekt unbedingt will, eine andere Fraktion will ein anderes Projekt und so kommt man sich dann eben entgegen, indem man sich dann gegenseitig nicht im Weg steht. Wie wir das ja alle ausgelebt in der Praxis, vor allem auch auf der Landesebene, sehr gut kennen. Der Nachteil dabei ist aber, dass es dann Beschlüsse gibt, die de facto von keiner politischen Mehrheit getragen sind, weil sie eben Abtauschgeschäfte sind und die dann auch nur halbherzig mehr oder weniger gut umgesetzt werden und die dann vor allem auch immer wieder zu Zwietracht und zu weiteren Konflikten führen und das aus unserer Sicht nicht gerade die Arbeit in der Regierung, ob es jetzt eine Stadt ist oder ob es die Landesebene ist, hebt. Das Proporzsystem ist auch aus demokratiepolitischer Sicht für uns sehr unzweckmäßig, da die Verantwortung für die Entscheidungen für die WählerInnen da eben nur mehr sehr schwer nachvollziehbar ist, da es eben keine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition gibt. Man kann in der Regierung sein und gleichzeitig Oppositionsarbeit machen, was, wie wir alle wissen, nicht unbedingt die Qualität der politischen Arbeit erhöht. Wir würden sehr gerne über den Proporz auch näher und weiter diskutieren, derzeit ist der Proporz auf der Gemeindeebene ja im Artikel 117 Bundesverfassung verankert und dort geregelt. Und unser Antrag zielt eben darauf ab, dass diese Kompetenz, die momentan beim Bund liegt, an die Bundesländer abgegeben wird, sodass endlich eine ernsthafte und seriöse Debatte, ob der Proporz Sinn macht oder nicht Sinn macht, auf der Landesebene abgehalten werden kann. Weil jetzt, wie gesagt, kann man sich immer nur auf Petitionsweg sowohl von der Stadt aber auch vom Land in Richtung Bund wenden. Sollte der Bundessgesetzgeber den Bundesländern diese Kompetenzen übertragen, könnte man das als Stadt Graz im Wege einer Petition zur Abschaffung des Proporzes in der Stadt Graz an den Landesgesetzgeber herantreten, das wäre ein zweiter Schritt, der heute so nicht beantragt ist und den wir auch, wie wir es gestern auch besprochen haben, natürlich in der Klubobleutekonferenz auch mit den anderen Fraktionen diskutieren möchten.

Daher stelle ich auch namens der Grünen-ALG den

# dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge im Wege der Petition an die Bundesregierung herantreten, mit dem Ziel, die Bundesverfassung dahingehend abzuändern, dass die Kompetenz für die Regelung der Zusammensetzung des Gemeindevorstandes, beziehungsweise Stadtrats, beziehungsweise Stadtsenats, den Bundesländern übertragen wird (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. Piffl-Percevic: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Christina Jahn hat einen sehr interessanten Antrag und einen sehr intelligenten neuen Ansatz darin vorgetragen. Die Anträge zur Abschaffung des Proporzes sind schon fast eine gute Tradition. Der erste war im Jahr 2004, der war gleichlautend praktisch von der FPÖ und dann auch von der ÖVP, an den Bundesgesetzgeber heranzutreten, den Proporz für die Gemeindestube, für die Gemeinderegierung, Stadtsenat abzuschaffen. Je mehr man über diese Dinge spricht, und das haben wir doch, wir haben auch einiges erledigt, weil da wurde einerseits von einem Schnellschuss heute schon gesprochen, seit 2004 gehen die Überlegungen zum Demokratiepaket, ist das Schlagwort. Wir haben auch schon einiges erledigt, die Geschäftsordnung des Gemeinderates, ich glaube, wir können sehr gut leben damit, allein die Stunde, die der Zeiger zeigt, weist darauf hin, dass wir heute schon die gesamte normale Tagesordnung und auch bald die Dringlichen hinter uns haben, also wir sind produktiv tätig und haben dabei einiges inhaltlich auch besprochen und beschlossen. Diesen Bereich haben wir uns sozusagen ab heute ganz konkret vorgenommen. Das ist das große Demokratiepaket, ich möchte mich auch ausdrücklich bedanken, dass hier eine weitestgehend einstimmig oder weitgehend einstimmige Beschlussfassung erfolgt ist. Allerdings haben wir uns gestern auch in der Klubobleutekonferenz vorgenommen, dieses Demokratiepaket parallel zu dem Verkleinerungsantrag zu entwickeln bis zum nächsten Sommer. Inhaltlich sind wir voll d'accord, ich möchte festhalten, es ist hier ein innovativer neuer Ansatz nicht auf Abschaffung des Proporzes, sondern gleichlautende Regelung wie beim Land, bei der Landesregierung, dort kann der Landesverfassungsgesetzgeber den Proporz mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit, einer Verfassungsmehrheit abschaffen. Auch hier ist das eine Parallelaktion für die Gemeinden in einem Land. Das begrüßen wir außerordentlich als innovativen Ansatz, aber wir schlagen vor, dass wir das tatsächlich gemeinsam in dem Demokratiepaket beraten, wir sind jetzt, wir sehen keinen Grund, nicht dafür sein zu können, es geht lediglich um den Zeitpunkt und wir haben schwer gerungen in unseren Reihen, Christina, du weißt das, wir stimmen daher jetzt hier und heute der Dringlichkeit nicht zu (Applaus ÖVP).

### Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 19.30 Uhr den Vorsitz.

GR. Sippel: Werte Frau Vizebürgermeister! Man muss ja sagen, wir befinden uns wirklich heute in einer Gemeinderatssitzung, wo an den Grundfesten des Gemeinderates gerüttelt wird im Positiven, wie ich meine, auf der einen Seite haben wir die Reduktion bereits beschlossen, auf der anderen Seite wird jetzt auch über den Proporz diskutiert. Was gut ist, das ist angesprochen worden, wir Freiheitliche haben ja hier schon in den letzten Jahren, das letzte Mal 2004, hier einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Eines ist klar, das Proporzsystem in seiner Idee ist ein Relikt, das von den Anfängen der Zweiten Republik und auch davon stammt, es ist darum gegangen, eine Vermeidung einer zentrifugalen Demokratie anzustreben und auch eine Konsenspolitik, die damals auch notwendig war, zu leben. Die Abschaffung des Proporzes kann aber aus unserer Sicht nur mit einem umfassenden Demokratiepaket einhergehen, das heißt, Stärkung der Oppositionsrechte, Fragen der Kontrolle, die hier noch zu diskutieren sind und da muss ich sagen, da verstehe ich die ÖVP jetzt einmal wieder überhaupt nicht, das ist ja ein Slalom, der hier wieder gefahren wird, warum stimmt ihr nicht einfach zu, dann können wir das jetzt einmal vorbereiten und es ist ja nichts anderes als nur einmal hier die Weichen zu stellen, damit eine weitere Diskussion stattfinden kann, also das muss ich sagen, lieber Kollege Piffl-Percevic, das verstehe ich überhaupt nicht eure Ablehnung, aber es sei, wie es ist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Dringlichkeit, nicht den Antrag.

Sitzung des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

162

GR. **Sippel**: Und ich gebe auch der Antragstellerin Recht, natürlich ist es widersinnig, Regierungsopposition mehr oder weniger zu betreiben, aber uns bleibt ja in Wirklichkeit auch nichts anderes übrig, nachdem ja eine Koalition in einer Proporzregierung stattfindet und da ist es halt ab und zu auch wirklich der Fall, dass sie uns zwingen, hier innerhalb der Regierung auch Opposition zu betreiben, man nehme nur das Beispiel her Nichteinbindung bei Budgetverhandlungen etc. und außerdem muss man sich überhaupt die Frage stellen, ob diese Form einer Koalition innerhalb einer Proporzregierung nicht überhaupt, sage ich einmal, oder ob das überhaupt verfassungskonform ist. Und wie man es auch nicht macht, proportionale Vertretungen auszuschalten, nämlich ohne Diskussion und einfach in gewisser Weise mit einem Hintergedanken, das haben Sie ja gezeigt, indem man Aufsichtsräte in stadtnahen Betrieben und in Beteiligungen einfach nur mehr mit Schwarzen und Grünen besetzt, also das kann es auch nicht sein, wie man hier herangeht, um den Proporz abzuschaffen.

### Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Stimmt nicht.

GR. **Sippel**: Ich glaube, da ist vorher eine Diskussion auch wirklich notwendig. Aber auch wir sagen ja zur Änderung des Landesgesetzes durch den Bundesgesetzgeber, dass das Land eben selbst über die Frage des Proporzes im Land Steiermark und in Graz entscheiden kann, und deswegen werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses dringlichen Antrages die Zustimmung geben (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. Mariacher: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Antragstellerin! Der Proporz, den wir in Österreich haben, ist sicherlich ein Spezifikum der österreichischen Art, Politik zu betreiben und sicherlich in der heutigen Zeit nicht ausgerichtet, auch dem Bürger ausreichende Transparenz zu vermitteln über das politische Geschehen. Diese vielfache Verwaschung zwischen Regierungstätigkeit und Oppositionsfunktion, die zum Ausdruck kommt, wenn man einerseits auf der Regierungsbank sitzt, andererseits eine Koalition sich dennoch bildet innerhalb der Regierung, wie man wir jetzt in der Stadt Graz haben, aber de facto auch im Land Steiermark, dient nicht dazu, dem Bürger Verrauen und vor allem Klarheit, Politik der klaren Linie in das politische System zu vermitteln. Wir sind daher seitens des BZÖ klar gegen den Proporz, wir unterstützen im Wesentlichen den Motivenbericht dieses Antrages, sehen aber ganz klar, dass an sich dieser Weg, der hier aufgezeigt worden ist und der für mich zumindest hier zum Ausdruck kommt, nämlich bundeslandmäßig zu entscheiden, welchen Weg man geht, nämlich den Proporzweg oder abseits des Proporzes, das dieser wohl nicht Gegenstand sein kann. Weil ich sage, ein Steirer oder ein Salzburger oder ein Wiener müssten eigentlich zu diesem gedanklichen Konstrukt eigentlich zu ähnlichen Beurteilungen kommen. Ich glaube daher, es müsste in ganz Österreich hier eine klare Regelung geben. Klare Mehrheitsverhältnisse sollten zum Ausdruck kommen, um den politischen Weg der Gemeinsamkeit als allein regierende Partei oder in einer Koalition zu bestimmen und diese elendsverwaschene Situation zwischen Regierung und Opposition endgültig zu Grabe zu tragen. Das ist unser Weg und in diesem Sinne unterstützen wir vom Grund weg diesen Antrag. Danke (Applaus BZÖ).

StR. **Herper**: Liebe Christina, also es ist ja wichtiger und notwendiger und sympathischer Vorstoß inhaltlich, ist ja gar keine Frage, dass wir da in Übereinkunft sind, dass wir uns dies vornehmen müssen, nämlich...

Sitzung des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

164

Zwischenruf GR. Baumann: Das nächste Mal dann.

StR. Herper: Nein, so einfach mache ich mir das nicht. Es ist ein Teilaspekt des

Parteien- und Demokratiepakets und wir haben ja gestern, ich habe dir sogar das

Hölzerl geworfen gestern in der Klubobleutekonferenz...

Zwischenruf GRin. Jahn: Das glaube ich nicht.

StR. Herper: Ja, ich habe sogar die Abschaffung des Proporzsystems habe ich sogar

angeregt mitaufzunehmen in das Demokratiepaket. Ich hätte mir gewünscht, du

hättest etwas gesagt, dass es so einen solchen Dringlichen geben wird in der

gestrigen Sitzung, aber das ist eine formale Geschichte. Es ist ein sehr komplexes

Thema, wir haben das erlebt, weil wir einen diesbezüglichen Antrag in der Landstube

eingebracht haben als SPÖ-Landtagsklub, nämlich das Proporzsystem abzuschaffen

und die Koppelung mit den Minderheiten der Oppositionsrechte im Landtag. Das

wurde auch entsprechend im Verfassungsausschuss behandelt, steht aber nicht

derzeit auf der Liste der sich vorzunehmenden Themen der Regierungsparteien im

Lande. Ich sage es nur, weil...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Herper: Nein, aber wir sind der Ansicht, lieber Peter, dass man sich ernsthaft befassen muss mit der Geschichte. Deswegen möchte ich gerne, dass wir uns inhaltlich erst einmal auseinandersetzen, ob das Sinn macht, denn es handelt sich nämlich um einen Bundesverfassungsgesetzartikel und es hat schon seinen Grund, warum bisher Gemeinden, Städte nicht diesen Vorstoß bisher gewagt haben, weil ich hätte gerne gewusst den Unterschied, warum es auf Bundesebene notwendig ist, warum es auf Landesebene notwendig ist und warum es auch auf Stadt- oder kommunaler Ebene notwendig ist. Da hätte ich gerne das Pro und Kontra gewusst. Ich hätte gerne gewusst, wie steht der Städtebund dazu, die ja Erfahrungen diesbezüglich gesammelt haben und ich hätte gerne befasst damit den Verfassungsausschuss und natürlich auch die Klubobleutekonferenz. Denn es sollte ein ernsthaftes und wichtiges Thema bei der Demokratiereform und dem Demokratiepaket sein. Ich hätte aber gerne mehr Wissen darüber gesammelt. Wie wir das Wissen gesammelt haben, lieber Freund Heinz, wie wir das Wissen gesammelt haben über die Reduktion Stadtregierung, Gemeinderat, da haben wir uns orientiert, wie schaut es in anderen Städten aus, wie ist die rechtliche Situation, das Für und Wider abgewogen, bis wir uns durchgerungen haben nach Diskussion, und ich möchte nicht einfach nur sagen, schießen wir jetzt Richtung Bund, dass die das an das Land delegieren und dass wir dann wieder an das Land weiterfordern, sondern klären wir uns einmal selber auf, wie ist die rechtliche Situation, welche Für und Wider gibt es und hat es Sinn, dies sofort oder bei der nächsten Funktionsperiode zu übernehmen. Deswegen inhaltlich Ja für den Vorstoß, aber Dringlichkeit Nein (Applaus SPÖ).

GRin. Jahn: Jetzt bin ich wieder extrem froh, dass ich ein heiteres Gemüt habe und solche lustigen Wortmeldungen, wie sie da gerade von der ÖVP und von der SPÖ mit dem nötigen Humor nehmen kann, da bin ich jetzt wirklich echt ganz erleichtert. Ich glaube nicht, dass der Antrag jetzt der ultimative Schnellschuss ist. Nachdem wir wissen, dass es schon im Jahre Schnee hier herinnen Debatten zum Thema Proporz

oder Nichtproporz gegeben hat und dementsprechende Anträge ja schon seit 2004 vorliegen, und wenn es die Sozialdemokratie von 2004 bis jetzt nicht geschafft hat, sich ein Benchmark zu machen, was für den Proporz spricht oder dagegen, dann weiß ich echt nicht, was da nicht stimmt bei euch, ich muss es ehrlich sagen. Also ich finde das schon ein bisschen erstaunlich, aber na ja, ihr werdet das schon irgendwann gebacken kriegen (Applaus Grüne), wir können euch gerne sonst noch ein paar Informationen zukommen lassen über Pro und Kontra zum Proporz. Ich denke auch, es ist sehr rührend, wenn mir da Rosen gestreut werden, der Antrag ist gut und intelligent formuliert, davon bin ich auch überzeugt, nur hilft es halt nichts, wenn es dann keine Mehrheit für die Dringlichkeit gibt, aber wie gesagt, ich nehme es mit Humor. Ich hätte mir aber auch gedacht, dass so eine Petition, ein Petitiönchen, an unsere liebe Bundesregierung, dass solche Kompetenzen besser in Landeshänden wären, eigentlich nicht so weh tut, aber, wie wir sehen, ist es halt immer noch ein Thema, wo die zwei Großparteien ganz große schwer wiegende Schmerzen verspüren. Und ich bin ja davon ausgegangen in meiner Naivität vermutlich, anders kann ich mir das selber nicht erklären, dass wenn wir jetzt da ein Petitiönchen geschickt hätten, dass wir wahrscheinlich in unserer Arbeitsgruppe das Tempo der Bundesregierung garantiert gedopt hätten und vorher vermutlich noch eine Entscheidung getroffen hätten, ob man den Proporz cool oder uncool findet und dann hätten wir uns entweder in einer Petition mit einem weiteren Petitiönchen an das Land gewendet oder nicht. Aber na ja, man lernt dazu (Applaus Grüne).

### Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

#### 5) Ausstattung der Stadt Graz mit einem eigenen Wohnbauförderungskontingent

GRin. Bergmann stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Bergmann: Sehr geehrte Damen und Herren! Unser dringlicher Antrag betrifft die Ausstattung der Stadt Graz mit einem eigenen Wohnbauförderkontingent für den kommunalen Wohnbau. Die Aufhebung der Zweckbindung der Gelder aus der Steiermärkischen Wohnbauförderung und der kurzsichtige Verkauf von Wohnbaudarlehen an Banken haben sich auf den geförderten Wohnbau dramatisch ausgewirkt. Gab es in den 1990er Jahren noch Förderungsprogramme für bis zu 2500 Wohnungen, so sind derzeit nur noch Mittel für gut halb so viele Wohnungen vorhanden. Die Tendenz ist dabei fallend.

Um der immer größer werdenden Zahl jener Grazerinnen und Grazer, für die die hohen Mieten von frei finanzierten Wohnungen unerschwinglich sind, leistbaren Wohnraum anbieten zu können, ist der geförderte Wohnbau in Graz von immenser Bedeutung.

Die Stadt Graz verfügt jedoch selbst über kein eigenes Kontingent Wohnbauförderungsmitteln für den sozialen Wohnbau (Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke). Diese werden ausschließlich an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften vergeben. Das führt zu der unerträglichen und prekären Situation, dass die zweitgrößte Stadt Österreichs, anstatt vom Land Steiermark direkt mit Förderkontingenten ausgestattet zu werden, quasi als Genossenschaften herantreten muss, wenn sie geförderte Wohnungen mit Einweisungsrecht der Stadt Graz errichten will. Sie ist damit sowohl auf deren Willen zur Kooperation als auch auf deren freie Kapazitäten bezüglich Förderungsmittel angewiesen und kann nicht frei entscheiden, wann wo wie viele geförderte Wohnungen errichtet werden.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

# dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz fordert im Petitionsweg den zuständigen Wohnbaulandesrat auf, die Stadt Graz hinkünftig mit einem eigenen Wohnbauförderungskontingent für den kommunalen Wohnbau auszustatten (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. a Bauer zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen, auch werte Antragstellerin! Es hat mich heute etwas verwundert, dass dieser dringliche Antrag von eurer Seite gekommen ist. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass ich am 24. Juni 2010 eine mündliche Anfrage gestellt habe zum Geschosswohnbauförderungsprogramm 2011 und 2012. Sie ist leider bis heute noch nicht beantwortet worden. Die Intention war, ganz konkret zu hinterfragen, wie viele Wohnbauförderungskontingente wurden seitens der Stadt Graz beziehungsweise seitens der Bauträger, die Grundstücke in der Stadt Graz haben, angemeldet. Ich habe Ihren Antrag heute so verstanden, dass Sie das auch als Intention sehen, also damals gesehen haben, ok, da ist etwas zu tun, heute ist es von Ihrer Seite dringlich, jetzt ist es... die Frau Stadträtin schüttelt den Kopf... jetzt ist es dahingehend, dass die Gemeindewohnbauförderungsträger sich bemühen müssen die um Wohnbauförderungskontingente, und die KPÖ hätte es jetzt offensichtlich lieber, dass sie von oben zugeteilt werden. Soll uns auch recht sein, wir sind nur etwas verwundert auch, dass es jetzt dringlich ist, auch zumal die KPÖ seit 1998 über das Wohnbauförderungsressort verfügt. Nichtsdestotrotz es geht uns um den Wohnbau, es geht uns um sozialen Wohnbau und wir wissen, dass wir dringend gute, weitere Wohnungen in der Stadt Graz brauchen werden, demzufolge werden wir dem Antrag beziehungsweise der Dringlichkeit zustimmen (Applaus SPÖ).

Sitzung des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

169

GR. Hagenauer: Meine Argumente sind ähnlich jener meiner Vorrednerin. Ich komme

allerdings zu einem anderen Schluss nämlich, dass wir der Dringlichkeit nicht

zustimmen können. Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen von der KPÖ, der

Antrag war schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar, und das ist aus unserer

Sicht eben, weil das Problem ein ernstes ist, notwendig, dass man sich

zusammensetzt und über das Thema verhandelt, auch mit dem alten, neuen

Wohnbaulandesrat sind wir jederzeit dabei. Aber wenn Sie einen Antrag vorlegen,

dessen Antragstext darauf hinauszielt, hinausgeht, dass die Stadt Graz als Kommune

beziehungsweise als Bezirk ihr Kontingent an Wohnbauförderungsmittel bekommen

soll, dann kann ich Ihnen nur sagen in gebotener Bescheidenheit...

Zwischenruf StRin. Kahr: Es war ja einmal so.

GR. Hagenauer: ...als ehemaliger Landtagsabgeordneter, das ist das Problem und

nicht die Lösung. Da drüben im Landtag geht es genauso zu, dass die ganzen

Bezirkskaiser herumrennen und ein jeder fordert sein Kontingent, leider. Und wenn

Sie, Frau Stadträtin, nicht in der Lage sind, einen ordnungsgemäßen Antrag, wieder

einmal sage ich das, ist nicht das erste Mal, zu formulieren, dann ist das Ihr Problem

und nicht meines. Ihr Antragstext, so wie der heute gelautet hat, und davon gehe ich

aus in Gottes Namen und das werde ich wohl dürfen, steht kein Wort von

kommunalem Wohnbau, das ist jetzt dazugekommen, trotzdem ist es noch immer

nicht klar, worum es geht. Erstens einmal ...

Zwischenruf StRin. Kahr: Da geht es nicht um kommunalen Wohnbau.

GR. Hagenauer: ...ich verstehe Ihre Nervosität, das ist Ihr Ressort und eigentlich Ihr Heimspiel und deswegen sollten Sie in der Lage sein, einen klaren Text zu formulieren, sage ich noch einmal. Wenn Sie meinen den kommunalen Wohnbau, dann reden wir davon, was die Stadt Graz an Grundstücken bereitstellen kann, darüber haben wir ja x-mal debattiert und uns auch bemüht und auch im Regierungsprogramm entsprechende Formulierung hineinbekommen, dann reden wir davon, wie wir etwa in der Reininghausstadt draußen auch kommunalen Wohnbau realisieren können, wenn wir dort die Grundstücksherren sind, dann reden wir davon oder vom ehemaligen Kasernengelände, die wir kaufen wollen, dann haben wir aber die Hand drauf, dann ist es eh unsere Sache, wenn wir der Grundstückseigentümer sind. Bei der geförderten Wohnung im Geschoßbau, so wie Sie das da hier formuliert haben, ist es so, dass die Wohnbauträger das Grundstück haben, dass Sie die Förderungszusagen bekommen und dass das leider nach nicht nachvollziehbaren Kriterien passiert, die Kriterien, damit bin ich am Ende, in der gebotenen Bescheidenheit, sind das Problem. Wenn der Antrag gelautet hätte, es braucht Kriterien nach Bedürftigkeit, nach Bevölkerungszuwachs, nach Sozialstruktur, dann wären wir sofort dafür gewesen. Wenn das aber lautet, jeder Bezirk soll was bekommen, dann geht der Schuss nach hinten los, daher keine Zustimmung von unserer Seite zur Dringlichkeit, aber sehr wohl die Bereitschaft, angesichts der Bedeutung dieser Geschichten über diese Dinge zu verhandeln und nicht zuletzt auch mit dem Land in Kontakt zu treten, damit wir unsere Interessen dort sichern können. Danke (Applaus Grüne).

GR. Mag. **Mariacher**: Werte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Antragstellerin! Dieses Thema ist an sich ein wichtiges, was die Wohnbauförderung anbelangt, nur in der Art und Weise, wie das Thema aufbereitet worden ist, ist es zwar für mich gedanklich nachvollziehbar, das möchte ich da dem Kollegen Hagenauer widersprechen, aber aus meiner Sicht auch hinsichtlich der geballten Trennung der

Gebietskörperschaft zwischen Bund, Land und Gemeinden weder zweckmäßig noch wirtschaftlich. Es kann nicht sein, dass in Einzelpositionen das Landesbudget heruntergebrochen wird auf die Gemeinden, hundert Töpfe installiert werden, die Verwaltung ins Unermessliche gesteigert wird und letztendlich der zu verteilende Kuchen durch die Brösel, die entstehen, das ist sozusagen die Verwaltung, der Verwaltungsaufwand, immer kleiner wird und dann eigentlich der Betrag, der für die Wohnbauförderungskontingente zur Verfügung steht, ein deutlich kleinerer ist, als das derzeit gegeben ist. Ich bin heuer durchaus der Argumentation teilweise folgend vom Kollegen Hagenauer, dass wir ganz klar herausstreichen müssen die Bedürfnisse, die wirklich nach objektiven Kriterien für die Position der Stadt Graz einzubringen sind gegenüber dem Land Steiermark, das müssen wir knallhart herausarbeiten, um die Interessen der Stadt Graz zu vertreten und hier wirklich massiv überparteilich gegenüber dem Land zu vertreten. Das ist unser Weg, daher glauben wir seitens des BZÖ, dass hier dieser dringliche Antrag, dieses Thema nicht in der entsprechenden Art und Weise behandelt wird und daher werden wir dem dringlichen Antrag nicht unsere Zustimmung erteilen. Danke.

GR. Mag. **Spath:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Der Landtag hat sich heute konstituiert, es gibt neue Zuständigkeiten den Wohnbau betreffend, die Landesregierung, Landesrat Seitinger auf der einen Seite, Landesrat Schrittwieser auf der anderen Seite. Wir haben schon gehört, wie wichtig dieses Thema ist. Auch die ÖVP-Fraktion findet es sehr, sehr wichtig, dass wir darüber beraten und uns Gedanken machen und auch, wenn es dann soweit ist, auch Anträge formulieren, aber wir sehen es nicht als notwendig an, dass wir jetzt schnell das herunterbrechen, ich schlage, so wie es schon meine Vorredner gesagt haben, eben einen runden Tisch mit dem Land vor, wir werden uns bemühen, dass wir zu so einem Termin eben auch kommen. Die Dringlichkeit am heutigen Tag sehen wir nicht gegeben, daher sind wir nicht für die Dringlichkeit und lehnen die Dringlichkeit ab.

GRin. Bergmann: Sehr geehrte Damen und Herren! Man kann natürlich jetzt auf Formulierungen herumreiten, aber letztendlich muss uns doch allen bewusst sein, die Stadt Graz braucht mehr Wohnungen, die Stadt Graz braucht vor allem mehr Wohnungen über den kommunalen Wohnbau. Wir haben sehr viele Wohnungen, die sich Menschen hier immer weniger leisten können und genau auf diese Sache wollten wir mit diesem Antrag hinaus. Das Grundübel ist eigentlich jetzt nicht die Aufteilung, so wie es der Herr Kollege Hagenauer gesagt hat, dass sich jetzt da die ganzen Bezirke um die Töpfe reißen, das Hauptübel ist eigentlich das, dass die Wohnbaufördermittel geschmälert wurden, dass es eindeutig zuwenig Wohnbaufördermittel im Land gibt und wir haben auch in diese Richtung bereits einen Antrag hier eingebracht. Es tut mir leid, dass der Antrag jetzt in der Form nicht angenommen werden kann, aber wir sind natürlich sehr gerne bereit, alle Gespräche, die dafür notwendig sind, auch mit allen Seiten, mit allen Parteien in Zukunft zu führen. Danke (Applaus KPÖ).

## Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

#### 6) Aufhebung der Wintersperre für Gastgärten

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In der Stadtsenatssitzung vom 8. 10. dieses Jahres wurde von Ihnen ein Antrag über die Nutzung öffentlichen Gutes eingebracht. Im Rahmen der Behandlung dieses Stückes stimmten die

Stadtsenatsmitglieder mit einer Gegenstimme, nämlich jener der FPÖ, einer Wintersperre für Gastgärten im Zeitraum von Anfang November bis Ende Februar zu. Diese Maßnahme, von der mit dem Stand von 2009 zwölf Gastwirte betroffen sind, wird unter anderem damit gerechtfertigt, dass zahlreiche Lokalbesitzer weniger am Betreiben eines Gastgartens während der Wintermonate interessiert wären als vielmehr an der Möglichkeit durch das durchgehende Belassen des Gastgartens auf öffentlichem Gut Kosten für Abbau (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und Einlagerung sowie Wiederaufbau zu sparen.

Ferner, so wird seitens des Stadtsenates argumentiert, hätten sich Bürger beschwert, dass wegen der Gastgärten einerseits und des erhöhten Parkdrucks in den Wintermonaten andererseits eine deutlich spürbare Parkplatzknappheit wahrzunehmen sei. Außerdem bestünde durch die Gastgärten in den Wintermonaten die Gefahr einer Punschmeile mitsamt den damit verbundenen Lärmbelästigungen.

Dem muss nun entgegen gehalten werden, dass sämtliche der angeführten Gründe an den Haaren herbeigezogen sind und teilweise auch nicht der Wahrheit entsprechen. In zahlreichen Medienberichten meldeten sich die betroffenen Gastwirte zu Wort und zeigten auf, dass sie das Vorgehen von Frau Vizebürgermeisterin Rücker als willkürlichen Akt betrachten, von dem sie in entscheidender Weise geschädigt werden.

Die zu befürchtenden Umsatzeinbußen lassen die Wirte um ihre Existenz bangen und bringen zahlreiche Arbeitsplätze in Gefahr. Angesichts vieler eingesparter Parkplätze im gesamten Grazer Stadtgebiet und einer Verkürzung des Zeitraumes der Ladetätigkeiten in der Innenstadt, genauer gesagt in der Herrengasse, wirkt die Begründung, für die Wintermonate Parkplätze schaffen zu wollen, wie blanker Zynismus, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin.

Auch stehen die umwelt- und energiepolitischer Überlegungen sowie etwaige Einsparungspotentiale in keinem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Einbußen für die Gastwirte und dem einmaligen Flair, das unwiederbringlich zerstört wird. Sehr geehrte Frau Wirtschaftsstadträtin Grabner, auch Sie haben brav für die Wintersperre gestimmt.

Wenn seitens Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker angeführt wird, man wolle mit der Wintersperre auch der Lärmbelästigung entgegenwirken, so ist diese Haltung grundsätzlich zu teilen, es sei aber erwähnt, dass diese Zielsetzung mit einer entsprechenden Sperrstunden-Regelung für Gastgärten auch schonender zu erreichen gewesen wäre. Zudem stellt sich die Frage, warum man seitens der Grünen weitaus großzügiger agiert, wenn es um Lärmbelästigung anderer Art (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), nämlich jene durch ungeübte Straßenmusiker, geht.

Die gegenständliche Wintersperre ist nur die jüngste aus einer langen Reihe sinnloser Schikanen, mit denen sich Handel und Gastgewerbe in Graz konfrontiert sehen. Es entsteht beinahe der Eindruck, dass die einzigen geförderten Gewerbezweige in der Grazer Innenstadt jene der Straßenmusik und der Bettelei sind.

Da es nun darum geht, in dieser Frage eine Lösung zu finden, die alle Überlegungen ausreichend und unvoreingenommen berücksichtigt, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

# dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Stadtsenat wird ersucht, seinen Beschluss vom 08.10.2010 - betreffend die Wintersperre für Gastgärten - vorläufig auszusetzen.

Der Gemeinderat wolle zudem, vorbehaltlich der tatsächlichen Umsetzung von Bürgerbefragungen, beschließen:

Dieses Thema soll im Zuge einer Bürgerbefragung, welche von Bürgermeister Nagl bereits umfassend angekündigt wurde, als Zusatzfrage mitbehandelt werden. Der Stadtsenat wird ersucht, eine neuerliche Entscheidung erst zu fällen, wenn es ein diesbezügliches Ergebnis gibt. Bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

#### 7) Aussetzung der Wintersperre für Grazer Gastgärten

### GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Schröck: Meine Damen und Herern! Gestatten Sie mir auch noch ein paar zusätzliche Worte zu diesen beiden Anträgen, die sich zwar inhaltlich zumindest ähneln, aber es ist mir doch wichtig, noch ein paar zusätzliche Punkte in dieser Diskussion herauszustreichen, auch wenn der Lärmpegel in diesem Fall wieder unglaublich hoch ist (Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke). Frau Vizebürgermeisterin, Sie wissen, die Gastgartensaison war heuer ohnehin von vielen Schlechtwettertagen massiv negativ beeinträchtig und Sie selbst haben ob der Tatsache, dass wir in Österreich die höchsten Gastgartenmieten in Graz zu verzeichnen haben, das Versprechen an die Wirte abgegeben, diese Einbußen in irgendeiner Art und Weise auch abzufedern. Umso erstaunlicher ist nun Ihr Vorstoß, und in dieser Diskussion ist Ihnen leider Gottes auch ein gesellschaftspolitisch diskriminierendes Bild ausgerutscht, indem Sie gemeint haben sinngemäß, Sie wissen eigentlich überhaupt nicht, warum Raucher es überhaupt warm haben sollten. Gerade aus Ihrem Mund muss ich sagen, ist das sehr überraschend und ich bitte Sie auch das nicht unkommentiert stehen zu lassen, weil das doch leider Gottes ein Bild einer Arroganz oder eines stereotypen und feindlichen Argwohns gegenüber anderen Menschen zeichnet. Aber nach der Verkürzung der Ladetätigkeiten, dem Vorschlag der Umweltzonen und die Verhinderung des Gastartens am Grazer Hauptplatz ist das nun ein weiterer Versuch, die Grazer Innenstadt gänzlich ihres berühmten Flairs und ihrer Attraktivität zu berauben und auch den Wirtschaftstreibenden weiterhin schwere Steine in den Weg zu legen. Bei dieser Diskussion werden von Seiten der Verantwortlichen leider die Sorgen und Ängsten von Anrainern, die im Uni-Viertel massiven Lärmbelästigungen, Vandalismus ausgesetzt sind (Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke), mit der Gastgartenfrage in der Innenstadt vermengt. Das Verbot von 23 Heizschwammerln wird als großer energiepolitischer Wurf verkauft, wobei völlig außer Acht gelassen wird, dass die Gastwirte und Gastgartenbetreiber hier im guten Glauben an eine weitere Wintersaison diese teuren Geräte angeschafft haben und nun durch so eine überhastete und plötzliche Entscheidung ohne entsprechende Gutachten und vor allem ohne entsprechende Übergangsfristen von Seiten der Stadt vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

# dringlichen Antrag:

- Der Stadtsenat wird aufgefordert, die Entscheidung vom 8.10.2010 betreffend die Wintersperre für Gastgärten, aufgrund der Kurzfristigkeit und unverhältnismäßigen Härte der Entscheidung, für die Wintermonate 2010/2011 außer Kraft zu setzen.
- Die Vizebürgermeisterin und zuständige Stadtsenatsreferentin Lisa Rücker wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Betreibern, Anrainervertretern und den zuständigen Stellen des Magistrats eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten und diese dem Stadtsenat zu neuerlichen Beschlussfassung vorzulegen.

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Geschätzter Gemeinderat! Als Wirtschaftsstadträtin, ich wurde ja auch angesprochen und zu Wort gebeten, möchte ich Ihnen vorweg einmal gerne ein paar Fakten auf den Tisch legen, damit wir alle von demselben Thema sprechen,

von Tischen, Bänken, Stühlen vor dem Tor. Wir haben in Graz über 1300 Gastronomiebetriebe, davon in der Innenstadt 200. Rund 100 davon betreiben im Frühling und im Sommer einen Gastgarten, das heißt acht Monate haben 100 Betriebe um einen Gastgarten angesucht. Im Jahr 2008 wurden dann vier Gastgärten, für diese vier besagten Monate, um die es nun geht, auch beantragt. Es waren dann 12 und heuer waren es zirka um die 16, bis zu dem Zeitpunkt, wo wir in den Stadtsenat gegangen sind, waren es zirka 16. Davon sind einige schon aus straßenrechtlichen Gründen, wie es im Gesetz verankert ist, aber dazu auch die Frau Vizebürgermeisterin noch, einfach schlichtweg nicht möglich, es blieben im Innenbereich, wenn Sie jetzt nun ansprechen, nämlich mich als Wirtschaftsstadträtin, dass es da wirtschaftliche und touristische Einbußen gibt, sind es in der Innenstadt fünf Betriebe, und ein Betrieb hat mich angerufen und gesagt, wir haben ein Problem. Und genau jener Betrieb war es auch, wo ich schon im Stadtsenat gesagt habe, wir wissen, wir werden für den einen oder anderen eine Lösung finden müssen, denn es gibt Podestaufbauten, die einfach sehr, sehr kostspielig sind, auf der einen Seite diese abzubauen und sie wieder aufzustellen, und auch jenes habe ich damals im Stadtsenat bereits kundgetan. Und da gibt es selbstverständlich dieses Gespräch mit dem besagten Gastronom schon. Nur damit Sie einmal das Gefühl kriegen über die Dimension, von wie viel Betrieben wir reden, von wie vielen in der Innenstadt und von wie vielen auch Betrieben, die dann wirklich darum ansuchen oder auch sich darum bemühen, es zu bekommen. Wenn wir reden von dem Flair in der Grazer Innenstadt auch (Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke), waren es Sie, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, die beschlossen haben, dass bis zu 80 cm von der Hausfassade ganzjährlich immer Tisch, Bänke, Stühle und auch Heizschwammerl in dem Fall mit den entsprechenden Maßnahmen und auch Wärmemaßnahmen stehen können und das ist nach wie vor so. Und wenn ich heute in der Zeitung lese, dass das Schubert-Kino sagt, ich habe keine Tische und Stühle mehr draußen, das kann nicht korrekt sein, denn das ist ganzjährig und für jeden immer gestattet vor jedem Betrieb, für jedes Unternehmen, und wir nehmen uns von dem her nicht so viel vom Flair. Wir als ÖVP stehen zu diesem Stadtsenatsbeschluss, denn es gibt auch für uns als Politikerinnen und Politiker schon auch nachhaltig nicht so zu denken, sondern auch die Raucherproblematik können wir auf öffentlichem Grund scheinbar auch so sicher nicht alleine lösen. Ganz besonders spannend finde ich es schon, muss ich sagen, seitens der FPÖ, speziell mit der Zinzendorfgasse und mit den Lärmbelästigungen sich da massiv eingesetzt hat, denn auch hier hat ein Lokal angesucht, und jetzt möchte ich bitte einmal die Erklärung haben, wie ich dem entgegentrete. Auf der einen Seite sage ich, um Gottes Willen, es ist so laut und auf der anderen Seite sage ich dann, nein...

### Zwischenruf unverständlich.

StRin. Mag. a Grabner: Drei Lokale sind es, höre ich jetzt, genau weiß ich es nicht, wie gesagt, es hat sich bei mir auch niemand gemeldet als Wirtschaftsstadträtin, dass es solche Einbußen gäbe. Finde ich wirklich sehr eigenartig, und was wir jetzt vom Flair hernehmen für diese besagten Monate, das möchte ich auch hier noch einmal zu Papier bringen, aber Sie werden es bestimmt auch alle wissen aus wirtschaftlicher und touristischer Sicht. In den letzten Jahren, in den letzten zehn Jahren hat sich sehr, sehr viel verändert in unserer Stadt, speziell im Grazer Advent, November, Dezember. Und das Citymanagement, die Stadt Graz und so wie es Sie auch mitbeschlossen haben, wir investieren 500.000 Euro nur in die Innenstadt-Adventbelebung für diese Monate und das reicht bis zum Jänner darüber hinaus. Etwa zu sagen, dass wir nicht für die Innenstadt da sind, für das Flair nicht aufkommen und nichts tun würden, dass wir diese Unternehmen auch wirtschaftlich und touristisch unterstützen, das mögen Sie mir mal sagen. Gesamtbetrag für das Citymanagement, das zusätzlich zu den touristischen Gegebenheiten noch einmal 700.000 Euro an operativem Arbeitsbudget zur Verfügung hat, und da reden wir nur von den Bezirken eins bis sechs und die zusätzlich werden aufgewandt, das heißt, insgesamt auch mit anderen Aktivitäten Sitzung des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

179

sprechen wir von Innenstadtbelebung und in diesen Bezirken von einem siebenstelligen Euro-Betrag und ich denke, das ist sehr viel Innenstadtbelebung, das ist sehr viel Attraktivierung, das ist sehr viel Wirtschaftsstandförderung, das ist sehr viel Tourismusförderung. Fünf Gastgärten, einer davon hat sich nur bei mir gemeldet, mit dem bin ich im Gespräch. Ich verstehe das sehr wohl, dass er ein Problem hat, wir sind auch dabei, eine Lösung zu finden, das ist es. Und eines auch noch hier zu sagen, auch ich lasse als Wirtschaftsstadträtin mit 788.000 Nächtigungen, 120 Kongressen, 23.000 Kongressteilnehmern etc. unsere Stadt nicht Kuhdorf nennen. Das auch noch einmal gesagt, denn wir tun wirklich sehr viel für unsere Stadt und werden es weiterhin tun (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte noch ein paar Fakten dazufügen, die jetzt noch nicht genannt wurden. Ich kann als Vorsitzende mich jederzeit zu Wort melden, das steht so in der Geschäftsordnung.

Zwischenruf GR. Schröck: Das stimmt sogar ausnahmsweise.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ja, das stimmt sogar. Also jetzt noch ein paar Dinge aufzugreifen, die in den Anträgen genannt wurden. Ein Vorwurf, der mir gemacht wurde, den werde ich Ihnen jetzt kurz entkräften durch einen Text, den ich Ihnen vorlese. Da geht es darum, dass die Wirte nicht vorgewarnt waren. Im Vertrag, den die Wirte letztes Jahr bekommen haben von der Stadt, gibt es den letzten Absatz, wenn die Verträge nicht gelesen werden, ist das ein anderes Problem. Es wird jedoch angemerkt, dass für das kommende Jahr neue Richtlinien ausgearbeitet werden, in denen aufgrund

der massiven Umweltbelastung beziehungsweise des massiven CO2-Ausstoßes ein restriktiver Einsatz von herkömmlichen Terrassenheizungen vorgesehen ist. Investitionen in die Beheizung von Gastgärten, die über den Winter betrieben werden, gehen auf das Risiko des Gebrauchsnehmers. Das war die Information, die letztes Jahr alle Gastgartenbetreiber von uns erhalten haben, um eben davor zu warnen, weil wir eben schon länger überlegen, wie wir mit dem Thema umgehen. Ein zweites Faktum: Wir reden, wie gesagt, von einer Regelung, die vor drei Jahren, im Jahr 2008 das erste Mal überhaupt stattgefunden hat, damals waren eben das erste Mal vier Wintergastgärten, die angesucht haben und betrieben wurden, die ganzen Jahre davor hat es die nicht gegeben und auch ich kann mich nicht daran erinnern, dass das Flair in der Stadt damals soviel miserabler gewesen wäre, als es jetzt ist und auch wieder sein wird. Ein nächstes Faktum: Ich lese Ihnen jetzt vor aus verschiedenen Landeshauptstädten die Zeiten, die dort für Gastgartenregelungen gelten. Linz: 1. Mai bis 30. September. Klagenfurt: 1. Mai bis 30. September. Villach: 1. April bis 31. Oktober, Wien: 1. März bis 15. November. Das heißt, man muss nur ein bisschen um sich schauen, es hat, wenn man sich auch in Italien anschaut, was so die Folgewirkungen sind, langsam dass man das so gerne als mediterranes Flair erzählt, das es in Italien so nett ist, wenn man draußen die Gastgärten hat. Inzwischen haben wir in den schönsten Altstädten ein Partyzelt neben dem anderen stehen, weil man natürlich inzwischen nicht nur beheizt im Freien sitzen will, sondern noch dazu vor jedem Wetter gefeit, und irgendwann stelle ich mir das vor für die 250 Gastgärten in Graz, wenn davon nur 100 in dieser Tradition weitermachen, wie wir dann in der Stadt diskutieren über die schöne Innenstadt. Also das möchte ich gerne auch einmal so als Gedanken mitgeben. Noch ein Widerspruch in Ihrer Argumentation: die Ladetätigkeit. Wir können heute davon ausgehen, dass durch die Reduzierung der Ladetätigkeit an schönen Sommertagen, wenn der Gastgarten gerne benutzt wird, im Schnitt die Gastgartenbetreiber in der Innenstadt pro Tag eine Stunde gewonnen haben, um einen Gastgarten zu betreiben, das ist auch, was sie uns zurückmelden. Dass eben der Vormittag etwas stärker zurückgewonnen wurde und nicht bis 12.00 Uhr vollkommene Unmöglichkeit bestanden hat, überhaupt Gastgärten zu betreiben. Noch eine Anmerkung zum Thema Rauchen. Sie haben mich natürlich persönlich auch angesprochen, ich bin auch eine Raucherin, ja. Aber ich habe, glaube ich, die Rauchergesetzgebung schon doppelt verstanden, die war ja nicht nur dafür gedacht, dass man die Innenräume rauchfrei macht, damit man NichtraucherInnen schützt, sondern auch dazu gedacht, dass wir Raucher und Raucherinnen ein bisschen weniger rauchen, weil das war ja ein Gesundheitsgesetz und wieso soll man jetzt hergehen und sagen, wir haben zwar das eine Gesetz, das nicht ganz klar ist in Österreich, das stimmt, da bräuchte es eine klarere Regelung, da bin ich voll dabei, aber dann sagen, wir beheizen draußen die Gastgärten, damit die Raucher draußen weiterpofeln, ich auch, also ich bin jetzt ein Mensch Zweiter Klasse somit, dann denke ich mir, wohin wird das führen, das ist nicht das Ziel und das zweite, die soziale Frage, da reden wir jetzt vielleicht von Raucherin zu Raucher, ich weiß nicht, ob Sie rauchen, es ist ja nicht sehr nett und auch wenn Sie Nichtraucher sind, wenn sie in gemischter Gesellschaft unterwegs sind, die einen sitzen drinnen und warten immer, dass die Raucher wieder hereinkommen, weil man ja gemeinsam fortgegangen ist. Die anderen bleiben immer draußen, weil es draußen so schön warm ist.

#### Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Na ja, aber das haben Sie angezogen, das Thema. Also über das Rauchen können wir noch gerne diskutieren und auch über die Gesetzgebung dazu. Und noch eine letzte Anmerkungen, nachdem ich Umweltstadträtin bin. Ein Heizstrahler, der im Schnitt 36 Stunden in der Woche in Betrieb ist, würde im Jahr vier Tonnen CO2 produzieren. Wir reden hier nicht von 23 Heizschwammerl, wenn man ungefähr davon ausgeht, darf ich ausreden?...wenn man ungefähr davon

ausgeht, dass ein normaler durchschnittlicher Gastgarten mindestens fünf Heizschwammerl bis mehr braucht, habe ich mir gerade ausgerechnet, dann sind nur auf Grundlage der Ansuchen, die jetzt da sind, das sind 15 Gastgärten, die momentan angesucht hätten, hätten wir 300 Tonnen CO2 zusätzlich in der Stadt und dann fühlt sich wirklich jeder, ich sage das Wort nicht, aber er fühlt sich veräppelt, wenn er einerseits die ganze Zeit hört, er soll Energie sparen, die öffentliche Hand für Energieeffizienz irrsinnig viel Geld...

### Zwischenruf GRin. Krampl unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: ...dass man sozusagen auf der einen Seite sagt, Sparen und viel Geld dafür ausgibt, und auf der anderen Seite den Klimaschutz überhaupt nicht ernst nimmt. Aber wie gesagt, da gibt es viele Faktoren, die dazu geführt haben, diese Wintersperre jetzt zu setzen und nicht dann, wenn 100 Gastwirte sich umgestellt haben und entsprechende Investitionen gesetzt haben, weil spätestens dann hätten wir mit den BürgerInnen dieser Stadt einen ziemlichen Argumentationsnotstand, und dann sage ich noch einmal das Stichwort Uni-Viertel, nicht nur dort geht es den Menschen ums Jahr schon lang genug laut genug zu. Und es geht am Tag auch laut zu, es ist ja nicht so, dass es nur immer in der Nacht laut ist. In dem Sinn will ich dem jetzt nichts weiter hinzufügen und übernehme wieder den Vorsitz von mir selber (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Ja, Frau Vizebürgermeisterin, Frau Stadträtin. Erstaunlich, wie Sie es geschafft haben, schon am Beginn Ihrer Rede argumentativ am Ende zu sein. Weil mit dieser Art von politischer Engstirnigkeit kann man maximal mit beiden Augen durchs Schlüsselloch schauen. Aber schauen Sie, Sie stehen eigentlich auf verlorenem

Posten, weil auch, wenn der Koalitionspartner heute ganz brav mitstimmen wird, gibt es parallel ohnehin schon Bemühungen mit den schwarzen Freunden aus der Wirtschaftkammer, dieses Problem einer ordentlichen Lösung zuzuführen.

### Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Da brauchen wir einen Herrn Schröck dazu.

GR. Schröck: Und auch der Herr Frölich fühlt sich wieder bemüßigt, seinen Senf dazu abzugeben. Soviel Würsteln gibt es anscheinend gar nicht auf der Welt, wo Sie ihren Senf noch nicht dazu abgegeben haben. Macht ja nichts, dass einer mir Ihrem Namen der mich ständig so depressiv macht, aber auch wurscht. Aber, Frau Vizebürgermeisterin, Ihnen macht es ja auch nichts die aus. wenn Wirtschaftstreibenden in der Stadt massive Probleme durch die Verkürzung der Ladetätigkeit bekommen, Ihnen macht es auch nichts aus, Handelstreibenden Tag für Tag massiv terrorisiert werden von irgendwelchen Musikern, die schiefe Töne in die Geschäfte hineinblasen, aber Sie rufen den Kampf gegen 23 Heizstrahler aus, die die Anrainer angeblich um die Ruhe bringen sollen und die die Umwelt schädigen. Sie haben aber auch nichts dabei gefunden bei der Eröffnung jetzt erst kürzlich bei Kastner & Öhler hier einem Feinstaubfeuerwerk über eine halbe Stunde zuzuschauen und zuzujubeln, wo am nächsten Tag noch der ganze Dreck und Staub auf unsere Stadt hernieder gerieselt ist. Aber es gibt zu all diesen Problemen, die Sie gesagt haben, andere Lösungsvorschläge, weil die Gastgärten könnten beispielsweise bis 19.00 Uhr, 18.00 Uhr geöffnet bleiben, viel länger will ja ohnehin keiner im Winter draußen sitzen, sondern einfach nur die wenigen Sonnentage, die es gibt, nutzen. Und wenn es nach Ihrer Sorge ginge, dass die Lautstärke hier das Problem ist, dann müsste man auch die ganzen Punschstandeln zudrehen, also sehe ich hier diese Argumentation auch widerlegt. Aber es ist halt so, mit Ihrer grünen Klientelpolitik wird man die wirtschaftlichen Probleme in dieser Stadt nicht lösen können, leider ganz im Gegenteil, wir werden sie ständig verschlimmern. Danke (*Applaus BZÖ und Teile SPÖ*).

GR. Hötzl: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich spreche Sie beide an, weil witzigerweise Sie beide geantwortet haben und gar nicht irgendwelche Gemeinderäte von Ihren Fraktionen. Offenbar ist das schlechte Gewissen sehr groß. Ich kann nur eines sagen, beide sagen Sie, es sind nur ein, zwei Betriebe, das ist zuwenig, es ist eigentlich eine Haltung, die ich von der ÖVP nahezu erwarte, weil die sind ja in letzter Zeit nur mehr für Industriebetriebe und für sehr große Unternehmen. Für den Kleinund Mittelbetrieb, also diese Wirtschaftskompetenz, haben Sie längst über Bord geworfen (Applaus FPÖ), also Sie haben es gar nicht über Bord geworfen, weil Sie machen eh nichts, und die Frau Vizebürgermeisterin, der Gemeinderat Schröck hat es schon vor mir gesagt, Sie betreiben Klientelpolitik, die machen Sie zwar sehr gut, dafür beglückwünsche ich, aber wenn Sie Vizebürgermeisterin sind, sollten Sie für 100 % der Leute Politik machen und nicht nur für 15 % oder was Sie haben. Es zeichnet sich ab, dass die schwarz/grüne Mehrheit wieder drüberfährt, das tut mir leid für die Wirtschaft in Graz, aber ich bitte trotzdem um Zustimmung, falls der eine oder andere sich noch erweichen kann (Applaus FPÖ).

Die Dringlichkeit der beiden Dringlichkeitsanträge wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.